

«Hülftenschanz-Rhetorik»: Baselbieter Initianten fühlen sich missverstanden

Debatte um Uni-Finanzierung Eine Gemeindeinitiative aus dem Oberbaselbiet will erwirken, dass der Landkanton weniger an die Universität Basel bezahlt – die anderen Kantone dafür mehr.

Oliver Sterchi

Thomas Zumbrunn zeigt Folien, Zahlen und Tabellen: Der Gemeindepräsident von Rüenberg setzt am gestrigen Mittwochmorgen im Liestaler Regierungsgebäude zur Beweisführung an, dass Baselland überdurchschnittlich viel an die Uni Basel bezahle, was ein Missstand sei.

Zumbrunn ist der Kopf eines Komitees von Oberbaselbieter Gemeindevertretern, das gestern eine Gemeindeinitiative zur Uni-Finanzierung eingereicht hat. Das Begehren fordert, dass Baselland den Universitätsvertrag mit Basel-Stadt aufkündet und neu aushandelt, und zwar nicht nur mit der Stadt, sondern mit sämtlichen Kantonen, die Studierende an die Uni Basel schicken. Konkret soll Baselland weniger bezahlen, die anderen Kantone dafür mehr.

Das wäre ein fundamentaler Systemwechsel. Heute sind primär die Uni-Kantone für die Finanzierung ihrer Universitäten zuständig. Die Uni Basel wird – ein schweizweites Unikum – von zwei Kantonen getragen. Diese bezahlen die Vollkosten für ihre Studierenden, die übrigen Kantone jeweils nur einen Bruchteil davon im Rahmen einer interkantonalen Vereinbarung. Die Differenz – das sogenannte Restdefizit – wird von beiden Basel übernommen.

Zumbrunn und seine Mitstreiter wollen nun den übrigen Kantonen ebenfalls die Vollkosten aufräumen. Es sei nicht fair, dass das Baselbiet Studierende aus anderen Kantonen und dem Ausland quersubventioniere. Man sei nicht gegen die Uni, sondern für eine faire Finanzierung, betont Zumbrunn an diesem Vormittag mehrfach.

Baselland bezahlt mehr als Uri und Co.

Der Rüenberger Gemeindepräsident präsentiert dazu eine Beispielrechnung: So bezahle Basel-Stadt pro Studierenden im Schnitt 80'000 Franken im Jahr, Baselland 60'000 Franken und die übrigen Kantone hingegen «nur» 15'000 Franken. Rund 15 Prozent der Studierenden an der Uni Basel kommen aus der



Thomas Zumbrunn (3. v. r.) bei der Überreichung der Initiative an Landschreiberin Elisabeth Heer Dietrich. Foto: PD

Stadt, 21 Prozent aus dem Baselbiet, 36 Prozent aus der übrigen Schweiz und knapp 27 Prozent aus dem Ausland.

Würden die übrigen Kantone nun mehr bezahlen, dann würde sich die Belastung des Baselbiets entsprechend reduzieren. Auf das Ausland hat man indes keinen Zugriff, ausser über die Option, höhere Studiengebühren für ausländische Studierende zu verlangen. Aber den Initianten geht es um die Grundfinanzierung durch Kantone und Bund. Die Studiengebühren machen nur einen kleinen Teil des Uni-Budgets aus.

Zumbrunn und seine Mitstreiter argumentieren in erster Linie mit der schlechten Fi-

nanzlage des Kantons Baselland. Finanzdirektor Anton Lauber habe zwar ein Sparpaket vorgestellt, aber nur in Bereichen, «die nicht wirklich wehtun». Die «grossen Brocken» – etwa den Beitrag an die Uni in der Höhe von jährlich rund 165 Millionen Franken – lasse man hingegen unangetastet.

Neben Rüenberg noch zehn weitere Gemeinden

Ob sich die übrigen Kantone überhaupt auf einen solchen Systemwechsel einlassen würden, ist höchst unsicher. Anläufe auf Bundesebene, die Nicht-Universitätskantone stärker zur Kasse zu bitten, sind bisher allesamt gescheitert.

Auch deshalb, weil diese Stände in der Bundesversammlung in der Mehrheit sind. Das wissen auch Zumbrunn und Co.: «Wir wollten einfach mal die Frage aufwerfen und die Diskussion anstossen. Wir sind offen für Lösungen, deshalb handelt es sich auch um eine unformulierte Initiative.»

Eingereicht wurde die Gemeindeinitiative von elf Oberbaselbieter Gemeinden: Neben Rüenberg sind dies Bennwil, Diegten, Diepfingen, Eptingen, Hersberg, Lampenberg, Oltingen, Rümlingen, Wenslingen und Zunzgen. Dass keine grosse Unterbaselbieter Gemeinde dabei ist, bedauert Zumbrunn. Er vermutet, dass das ablehnende

Statement des Verbands der Baselbieter Gemeinden viele Gemeinderatskollegien beeinflusst habe.

Das Komitee findet es «bedauerlich», dass die Initiative als reines Oberbaselbieter Anliegen dargestellt werde: «Es gibt so eine Hülftenschanz-Rhetorik, wonach die da oben vom Land der Uni schaden wollten.» Doch dies treffe nicht zu. Kleine Gemeinden hätten nun mal mit besonderen finanziellen Herausforderungen zu kämpfen. «Wir suchen nach Lösungen, und die Uni-Finanzierung ist ein Hebel.»

Die Initiative wird nun zuerst im Landrat behandelt und dürfte danach auch an die Urne kommen.